

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

12.6.1923 (No. 133)

Expedition: Karlsruhe, Str. 14, Nr. 953 und 954, Postfach Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe.

Bezugpreis: In Karlsruhe und umwärts frei ins Haus geliefert für Juni 6000 M. — Einzelnummer 250 M. — Anzeigenpreis: 100 M. für 1 mm Höhe und ein Quadrat Zentimeter. Bei Abnahme von 1000 M. und darüber wird ein besonderer Preis vereinbart. Die Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Nr. 14, ist in den Reichsanzeiger, Karlsruhe, Nr. 14, eingetragen. Die Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Nr. 14, ist in den Reichsanzeiger, Karlsruhe, Nr. 14, eingetragen. Die Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Nr. 14, ist in den Reichsanzeiger, Karlsruhe, Nr. 14, eingetragen.

Erst Brot, dann Reparationen.

Die Unterernährung des deutschen Volkes.

In einer seiner letzten großen Reichstagsreden hat der Vorgänger des Reichspräsidenten Cuno die Finanzlage Deutschlands mit dem Wort charakterisiert: „Erst Brot, dann Reparationen!“ Das war weder ein tatsächliches Schlagwort, noch der billige Versuch, sich der Erfüllung, wenn auch einseitig diktiert, Vertragsbestimmungen zu entziehen, sondern in ihm wurde der gesäuerte Mangel eines verarmten und unter den Nahrungsjahren schwer leidenden Volkes laut, das furchtbare Hungerjahre hinter sich hat und auch heute noch lange nicht hinreichend ernährt werden kann; denn der Versailler Vertrag mit all seinen Wirkungen und Folgen macht das einfach unmöglich.

Durch das Versailler Diktat hat Deutschland infolge der Gebietsabtretungen ein Zehntel seiner Einwohner, aber ein Siebentel seiner gesamten landwirtschaftl. Nutzfläche und sogar ein Sechstel seiner gesamten Ackerländer verloren; denn gerade die abgetretenen Gebiete des deutschen Nordostens waren landwirtschaftliche Überschussgebiete und die eigentlichen Kornkammern des Deutschen Reiches. Kamme also der deutsche Boden bereits vor dem Weltkrieg nicht die genügende Nahrung liefern, so ist heute die Lage schon in infanter bedeutend schlimmer, als die aus dem Versailler Vertrag entstehenden deutschen Verluste an landwirtschaftlichen Ländereien prozentual noch weit größer als an konsumierbaren Einwohnern sind. Zu dem Weniger an Erzeugung kommt aber weiter noch ein erhebliches Weniger an Erzeugungsmitteln für die landwirtschaftliche Produktion: mit Ausnahme von Kali ist die Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit den notwendigen Düngemitteln überall fast eingeschränkt; stand doch ein Bedarf von 700 000—800 000 Tonnen Reinstickstoff nur eine (schon erhöhte) tatsächliche Belieferung mit nur 300 000 Tonnen im Jahre 1921/22 gegenüber, gegenüber, also ein Manko von weit mehr als der Hälfte, von der Minderbelieferung der vorangehenden Jahre ganz zu schweigen. Auch die Belieferung der Landwirtschaft mit Düngemitteln aus Rhein-Phosphorsäure (Thomasmehl, Superphosphat, Knochenmehl und Peru-Schwand) hat sich infolge der Verluste an Erzeugnissen und des Sinkens der deutschen Währung gegen das Düngejahr 1913/14 fast auf die Hälfte vermindert.

Entsprechend dem Verlust an Ackerbaufläche hat Deutschland durch fremde Gebietsannexion bei einem Zehntel Volkseinkünfte 13,4 v. H. oder fast ein Siebentel seiner landwirtschaftlichen Arbeitskräfte gegeben müssen. Was dieser Verlust für die deutsche Landwirtschaft bedeutet, wird sofort klar mit der Feststellung, daß diese Personalverminderung dem Gesamtbestand der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in England und Wales oder in Schweden und Norwegen zusammen entspricht. Die Folge all dieser ungünstigen Verhältnisse ist eine fortwährende Erschöpfung des landwirtschaftlichen Betriebes, ein starker Rückgang der intensiven Bodennutzung und damit eine sehr frühbare Abnahme der Bodenerträge. Dieses folgenschwere Mißverhältnis zwischen Nahrungsbedarf und Bodenenergie wiederholt sich auf dem Gebiet der deutschen Viehzucht. Auch hier übersteigt infolge des Versailler Diktats die Verlustsumme an Arbeits- und Schlachtvieh den Verlust an Einwohnern und schmälert so die Ernährungsbasis des deutschen Volkes von neuem in drückender Weise, wobei die Neuaufzucht von Vieh durch das Fehlen genügender Futtermittel sehr gehemmt, vielfach sogar unmöglich gemacht wird. Der infolge der Kriegs- und Reparationslasten tief gesunkene Wert der deutschen Mark erlaubt schon lange nur noch eine ganz geringfügige Einfuhr notwendiger Futtermittel, was am schlagendsten daran wird durch die Tatsache, daß der Import von Futtermitteln von 3 100 000 Tonnen im Jahre 1918 auf 170 000 Tonnen, also um 94,5 v. H. oder beinahe auf ein Nichts zurückging. Kein Wunder, daß die zur Verfügung stehende Viehnahrung ebensovienig wie die Brotmahlung nicht nur nicht ausreicht, sondern dazu noch beide auch wegen des Mangels an Futtermitteln und Düngemitteln in ihrem Nährwert bedenklich gesunken sind, wodurch die Folgen der bestehenden Unterernährung des deutschen Volkes für die Zukunft noch gefährlicher werden. Von dieser erschreckenden Notlage hat der Berliner Oberbürgermeister Woes kürzlich in einer knappen Vorschau ein aus Zahlen und Tatsachen komponiertes wahrhaft erschütterndes Bild entworfen, von dem man wirklich sagen kann, daß aus ihm nicht nur die Not in Berlin, sondern die Not in ganz Deutschland spricht.

So also steht die Sache: die Reparationskommission, das ausführende Organ des Versailler Gewaltfriedens, verlangt von Deutschland alljährlich ungeheure Zahlungen in Goldwerten; diese Zahlungen können nur durch aufs intensivste gesteigerte Arbeitsleistungen aufgebracht werden. Das deutsche Volk, Arbeiter wie Untertanen, sind bereit — daran kann für den Abwehrenden kein Zweifel bestehen — das Außerste zu tun, um gerechtfertigte Ansprüche seiner Gläubiger zu befriedigen und auch die schwersten Bedingungen des Versailler Gewaltfriedens nach Möglichkeit zu erfüllen; Voraussetzung zur Erzielung solcher Arbeitsleistungen sind aber Menschenkräfte, die hinreichend ernährt sind und auf die Dauer ernährt werden können. Das aber haben die Versailler Bestimmungen noch auf lange Jahre hinaus unmöglich gemacht, woraus sich mit zwingender Logik ergibt, daß, solange der jetzige Zustand bestehen bleibt, das deutsche Volk schon rein körperlich nicht in der Lage ist, die von seinen Reparationsgläubigern geforderten Leistungen in den bisher festgesetzten Umfang überhaupt durchzuführen.

Politische Neuigkeiten.

Die Londoner Besprechungen.

Über die Besprechungen, die gestern in London zwischen Lord Curzon und den diplomatischen Vertretern Frankreichs, Italiens und Belgiens stattgefunden haben, liegen hier noch keine Nachrichten vor. Dagegen läßt sich sagen, daß man sich in Paris in vollem Umfange davon Rechenschaft gibt, daß sich in diesen Tagen vielleicht in London das Schicksal der Entente entscheidet und daß die Beschlüsse, zu denen die englische Regierung auf Grund dieses ersten Meinungsaustausches mit den Verbündeten gelangen wird, die politische Entwicklung in Europa für die nächste Zukunft beeinflussen werden. Die Mächte melden, daß der französische Botschafter in London nochmals sehr eingehende Instruktionen erhalten hat, durch die er in den Stand gesetzt worden sei, die englische Regierung nicht nur über den französischen Standpunkt in der Frage des passiven Widerstandes, sondern auch über die französischen Ansprüche und Absichten in der Reparationsfrage in allen Einzelheiten zu unterrichten.

Dieser Umstand ist von besonderer Bedeutung, denn nach gewissen Andeutungen, die der „Temps“ macht, scheint die englische Regierung in Paris erklärt zu haben, daß sie sich über die Frage der englischen Beteiligung an einem Kollektivschritt in Berlin mit dem Ziel, der deutschen Regierung die Erfüllung der von Frankreich gestellten Vorbedingung nahelegen, nicht zu entscheiden vermöge, solange man sich im Lager der Entente nicht über die Höhe der deutschen Zahlungen und die Einzelheiten der von Deutschland zu fordernden Garantien im Prinzip geeinigt habe. Mit anderen Worten: England wünscht, bevor es seine Entscheidung fällt, zu wissen, was Frankreich im Sinne hat, wenn Deutschland den passiven Widerstand aufgeben sollte. Es ist deshalb doppelt bemerkenswert, wenn der „Temps“ in der Form einer Frage, die schon mehr der Ausdruck der Unruhe und des Zweifels ist, die Erwartung ausspricht, daß die Instruktionen, die der Graf St. Austere erhalten hat, in allen Punkten mit den von den autorisierteren politischen Persönlichkeiten Frankreichs wiederholt kundgegebenen Auffassungen übereinstimmen.

Der „Temps“, der über die letzteren Vorgänge am Quai d'Orsay unterrichtet zu sein pflegt, würde eine solche Frage sicher nicht stellen, wenn dazu nicht ein ganz bestimmter Anlaß vorläge. Nach allem, was man hört, scheint es in der Tat, als ob die französische Regierung durch die einmütige Haltung der englischen Presse und vielleicht mehr noch auf Grund von Mitteilungen eines Ententebotschafters in London zu der Erkenntnis gekommen sei, daß sie mit den Brüsseler Pronunzierungen beziehungsweise mit dem Versuch, England in der Frage der passiven Resistenz gewissermaßen die Pistole auf die Brust zu setzen, eine politische Unklugheit begangen hat. Es ist jedenfalls nicht ausgeschlossen, daß man in Paris aus der spät gewonnenen Einsicht, daß weder London noch Rom und wahrscheinlich auch Brüssel sich auf die Dauer die diktatorischen Akkord gefallen lassen, mit denen Frankreich, unbekümmert um die Interessen der anderen Völker, die Geschicke Europas nach eigenem Gutdünken gestalten zu können glaubt, gewisse Konsequenzen ziehen wird oder zur Stunde bereits vielleicht gezogen hat.

Neuer meldet: Es verlautet, daß kein erdültigter Vorschlag von britischer Seite für eine internationalisierte Konferenz erfolgt sei, daß es aber unter den gegenwärtigen Umständen nicht vollkommen überraschend sein würde, wenn ein solcher Vorschlag bald erfolgt. Gut unterrichtete offizielle Kreise haben sich mit keinem Wort über die englisch-französischen Erörterungen geäußert. Es verlautet jedoch von gewöhnlich gut unterrichteter Seite, daß Poincaré dafür eintritt, daß die Alliierten einschließlich Großbritannien unverzüglich eine Note an die deutsche Regierung richten, in der gefordert wird, daß der passive Widerstand im Ruhrgebiet aufhöre.

Um den passiven Widerstand.

Mit der Absendung des deutschen Memorandums ist die Initiative für die Fortführung der internationalen Aussprache über die Reparationsfrage und Nichterfüllung wieder an die Alliierten übergegangen. In Paris scheint man dabei die Absicht zu verfolgen, sei es alsbald, sei es in einem späteren Stadium, die Aufgabe des passiven Widerstandes an der Ruhr durch Deutschland zur Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen machen zu wollen; dabei ist noch unklar, worauf sich die Vorbildigung beziehen soll, ob auf Verhandlungen unter den Alliierten über die von Deutschland gemachten Vorschläge und über eine gemeinsame Antwort der Alliierten an Deutschland oder später für die Fortsetzung der Aussprache mit der deutschen Regierung, sei es in Verhandlungen, sei es am Verhandlungstisch. Unklar ist auch noch, was unter der Forderung nach Aufgabe des passiven Widerstandes tatsächlich verstanden wird, zumal da die französische Antwort auf die deutsche Note vom 2. Mai die Frage nicht präzise behandelt hat. Man könnte an das Verlangen denken, daß die Reichs- und Landesregierungen alle staatslichen Anordnungen zurückziehen, die sich auf die Fortführung des Widerstandes beziehen, oder auch daran, daß unter Befehl der Okkupationsstruppen im Ruhrgebiet, in den öffentlichen Behörden und Betrieben und in der Privatwirtschaft der Zustand wiederhergestellt wird, der vor dem 11. Januar bestand. Jedenfalls ist durch die zurückgekehrten der Alliierten gestützten Erörterungen das Thema des passiven Widerstandes in den Vordergrund gerückt worden, und die „Kreuzzeitung“ hat vielleicht nicht unrecht, wenn sie ihn nach der verhältnismäßig wohlwollender Aufnahme der deutschen Reparationsvorschläge für die nächste Zukunft als den springenden Punkt bezeichnet. Innerhalb der politischen Kräfte in

Deutschland scheint man, soweit wir sehen, noch auf keiner Seite zu der Frage abschließend Stellung genommen zu haben, es sei denn auf der äußersten Rechten, wofür man wohl die Äußerung der „Kreuzzeitung“ als maßgebend ansprechen darf. Das Blatt stellt der von ihm gebilligten Erklärung des Reichskanzlers über die Unlösbarkeit der Meinungsverschiedenheiten in seiner Rede in Münster seine Äußerung über den passiven Widerstand tabelnd gegenüber: „Umsonst“, (schr: ist die „Kreuzzeitung“), vermissen wir in der Rede des Kanzlers eine klare, einwandfrei: Erklärung, daß die Regierung auch weiterhin fest entschlossen sei, an dem Grundsatz des passiven Widerstandes in keiner Weise rütteln zu lassen, dieser Widerstand vielmehr, wie es in der Note vom 2. Mai heißt, fortgesetzt wird, bis die Klärung der über den Vertrag von Versailles hinaus bestehenden Gebiete und die Wiederherstellung vertragmäßiger Zustände in den Rheinländern erreicht ist. Daß der Reichskanzler sich nicht ausdrücklich zu dieser Sache bekannt hat, sondern in allgemeinen Redewendungen über diese Frage hinweggeglitten ist, halten wir für ebenso bedauerlich wie bedenklich, obwohl wir keineswegs verkennen, daß seine politische Situation nicht einfach ist. Die wenig präzise Ausdrucksweise des Kanzlers muß leider den Anschein erwecken, als ob die deutsche Regierung über die Frage des passiven Widerstandes mit sich reden lassen wolle. Ein solcher Eindruck kann nur schädlich wirken und bei unseren Begnern nur falsche Hoffnungen auf ein Nachgeben Deutschlands aufkommen lassen, und das umso mehr, als von englischer Seite Bestrebungen im Gange zu sein scheinen, die auf ein Kompromiß in der Frage des passiven Widerstandes hinauslaufen.“

Ein Kompromiß in der Frage des passiven Widerstandes lehnt die „Kreuzzeitung“ vor vornherein ab. Hier dürfte es kein Ausweichen, kein Zurück geben. In bemerkenswerter Gegenüberstellung dieser Haltung steht eine Darlegung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ über dasselbe Thema. Dieses Ferner Stimmes gehörende Blatt glaubt, daß man in der Frage des passiven Widerstandes nur dann weiterkommen könne, wenn man sich nicht, wie die Franzosen das täten, als eine Frage des politischen Prestiges, sondern als eine technische Frage ansehe. Gabe die Entstehung des passiven Widerstandes wesentlich technischen Charakter getragen so gelte das Gleiche in noch höherem Maße von dem verlangten Abban.

Dazu bemerkt das Blatt: „Es handelt sich hier nicht um ein politisches Problem, um ein von Berlin auszusprechendes Bauberwort, sondern um die allmähliche Entwicklung eines ganzen Rattenkönigs technischer Fragen, bei dem die beiden beteiligten Parteien wohl oder übel zusammenarbeiten müßten, wenn in der Tat, wie das Frankreich aus begründlichen Gründen wünscht, der frühere wirtschaftliche Zustand im Ruhrgebiet wiederhergestellt werden soll. Nehmen wir zum Beispiel die Eisenbetriebe der verlassenen Kokereien. Keine Macht der Welt kann sie vor Ablauf einer etwa vier- bis fünfmonatigen Frist wieder in Betrieb setzen. Und wie sollten die Bahnen auf eine andere Weise wieder zum Funktionieren gebracht werden als dadurch, daß die Franzosen sich der führenden Eingriffe in ihren komplizierten Mechanismus enthalten und sie wieder den betriebenen deutschen Eisenbahnern übergeben? Das Gleiche gilt von den Zechen, das Gleiche von der Verwaltung, denen die Franzosen das örtliche und sachverständige Personal durch Ausweisung und Verhaftung geraubt haben. Der von den Franzosen gewünschte status quo kann eben — und das ist der Kern der Sache — nur dadurch wiederhergestellt werden, daß die Franzosen die Betriebe räumen und der normale Verkehr nach Osten wieder eröffnet wird, womit sich dann auch, je nach Maßgabe der allmählichen Wiederherstellung normaler Verhältnisse unter Umständen die Reparationsleistungen für die Dauer der Verhandlungen wieder aufnehmen ließen. Ob sich Deutschland zu dem für das nationale Empfinden fast untragbaren Opfer einer einseitigen Befassung der französischen Truppen im Revier verstehen würde, ist eine hier nicht in Betracht kommende Frage. Empfohlen würde es sich natürlich, die ganze technische Regelung gemischten technischen Kommissionen anzuvertrauen, da diese die beste Gewähr für die hier unbedingt erforderliche Ausscheidung aller politischen Prestigefragen geben würden.“

Deutscher Reichstag.

Beginn 3 Uhr nachmittags. — Präsident Loebe eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß der langjährige Direktor beim Reichstag, Geh. Rat Jungheim, auf eigenen Wunsch in den Ruhestand getreten sei. Der Präsident knüpft an diese Mitteilung Worte der Anerkennung und des Dankes für die Tätigkeit des scheidenden Vorstehers. Zum Direktor beim Reichstag ist Ober-Reg.-Rat Galle ernannt worden. — Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Reichs-Knappschaftsgesetzes.

Reichsarbeitsminister Brauns begründet die Vorlage. Der Entwurf wolle eine einheitliche Sozialversicherung für alle Bergarbeiter schaffen, die der hohen Gefahren und der raschen Kräfteabnutzung des Grubenbetriebs angepaßt sei. Der Grundsatz der Selbstverwaltung sei in der Vorlage in weitgehender Weise durchgeführt worden.

Hg. Jansche (Soz.) begrüßt die Vorlage. Sie bringe die notwendige Vereinigung der bisher zersplitterten Fürsorge der Knappschaftsvereine. Die vom Ausschuß in die Vorlage mit hineingearbeitete Pensionsberechtigung nach 30jähriger Tätigkeit sei ein Verdienst, angesichts der außerordentlich aufreißenden Grubenarbeit.

Hg. Zambusch (Ztr.) scheidet in der Vorlage die Erfüllung der langjährigen Wünsche der Bergarbeiter. Nun müsse recht bald auch die reichsgesetzliche Regelung des ganzen Bergbauwesens folgen.

Abg. Winterfeld (D. Vb.) betont gleichfalls, daß mit dem Gesetz eine alte Forderung der Bergarbeiter erfüllt werde. Den Mitarbeiter an diesem Werk gebührende Dank und Anerkennung. Die von mehreren Seiten gewünschte Ausdehnung des Gesetzes auf weitere Arbeitergruppen werde sich nicht durchführen lassen.

Abg. Biegler (D. Vb.) schließt sich dem Vorredner an. Es sei ein großer Fortschritt, daß mit der Vorlage ein einziger Versicherungsträger geschaffen werde.

Abg. Schwarzer (B. Vb.) begrüßt die Einigung der Parteien, die bei dieser Vorlage erzielt worden sei.

Schluß gegen 6 Uhr. — Die Weiterberatung wird auf morgen, Dienstag, nachmittag 2 Uhr vertagt.

Reichsernährungsminister Dr. Luther

Hiet Samstag, abend in der Breslauer Jahrhunderthalle anlässlich einer Kundgebung von Essener Sängern eine politische Rede, in der er die Haltung der Reichsregierung im Hinblick auf die letzte Note kommentierte. Die Rede war ein Bekenntnis zur Erfüllungspolitik bis zur äußersten Grenze des Möglichen. Der Minister zog historische Parallelen mit den Kämpfern in Oberschlesien und erinnerte an ähnliche Situationen aus der deutschen Geschichte, wie die französischen Besetzungen von 1681 und die Erfüllungspolitik des preussischen Königs vor dem Befreiungskrieg von 1813. Die letzte Parallele dürfte man allerdings nicht schematisch auf die Gegenwart übertragen. Das deutsche Volk habe kein Interesse daran, daß wie jama's nach der napoleonischen Zeit das Pendel der Weltgeschichte wieder zumungunsten Frankreichs zurückschlage, sondern müsse wünschen, daß das Pendel endlich zum Stillstand komme. Deutschlands Friedenswille sei ehrlich, weil es nur im Frieden leben könne, schon angesichts der Unmöglichkeit, sich von dem Ertrag des eigenen Bodens allein zu ernähren. Auch der passive Widerstand der Ruhr-Bewegung, den die Regierung nicht geschaffen, sondern dem sie nur geahndet habe um Form zu finden, sei ein Appell an den Frieden gewesen. In Zukunft gelte es aber für jeden Einzelnen im Volk, die noch schwerere Last der Mitarbeit an der wirtschaftlichen Erfüllung der Verträge auf sich zu nehmen, da nur dadurch Ruhe und Arbeit für Deutschland erhalten werden könnten. Wie nach den schweren Zeiten der deutschen Vergangenheit werde dann auch ein anderer kultureller Aufstieg möglich werden.

Der Umsturz in Bulgarien.

Aber den Umsturz in Bulgarien schreibt in einem Wiener Telegramm der frühere Minister für Eisenbahnen, Professor Vladimir Malloff, dem gemeinsamen Lehrer des neuen bulgarischen Ministerpräsidenten Alexander Janoff, der jetzt im Kabinett Janoff den Posten des Unterrichtsministers übernahm und der vor den Verfolgungen Stambulinskis noch rechtzeitig die Grenze hinter sich zurücklassen konnte, folgende Einzelheiten:

Der neue Ministerpräsident Alexander Janoff begann vor mehr als Jahresfrist jeden, ohne Unterschied der Partei, insbesondere die Kreise der Intelligenz, zu einer nationalen Vereinigung, genannt „Marodon Spodvor“, um sich zu sammeln, um die Parteien zu einer gemeinsamen Aktion zum Sturz der Regierung Stambulinski zu gruppieren und die Rückkehr zu geordneten gesetzlichen Zuständen zu bewirken. Der neue Ministerpräsident, etwa 43 Jahre alt, zählt zu den bedeutendsten Professoren der Universität. Er studierte in Sofia und in München und machte während des Krieges mehrere Reisen nach Deutschland, Ungarn und Österreich. Er war Rektor der Universität und zählte zu den Freunden Stambulinskis, den er vor Verfolgungen während des Krieges zu schützen suchte, indem er die Schriftstücke und Manuskripte Stambulinskis rechtzeitig auf die Seite brachte und später vernichtete.

Dann aber mußte er entdecken, daß Stambulinski alle seine Freiheitsideen über Bord warf, und nachdem Janoffs bester Freund, Gregow, durch Agenten Stambulinskis ermordet worden war, sah sich Janoff selbst schweren Verfolgungen ausgesetzt und mußte sich verbergen, da er, wenn er auf der Straße gesehen worden wäre, ein ähnliches Schicksal wie Gregow zu befürchten gehabt hätte. Man vermutet in Emigrantenkreisen, daß die mazedonischen Führer, von denen Stambulinski letztlich ein Todesurteil, unterzeichnet von Alexandrow, erhielt, die hauptsächlichsten Triebkräfte zum Sturz Stambulinskis gewesen sind und daß wahrscheinlich sich auch Offizierskreise weitgehend daran beteiligten. Janoff stand auch im besten Verhältnis zum König, mit dessen Mitwissen der Umsturz wahrscheinlich stattgefunden haben dürfte. Er ist

auch ein Freund des Generals Petstogreff, der zuletzt in Wien und jetzt in Budapest die Entwicklung der antistambulinskischen Bewegung inspirierte. Alexander Janoff, der nicht zu verwechseln ist mit seinem Bruder, dem früheren Abgeordneten der sozialistischen Partei, Arsen Janoff, war bisher nicht Mitglied des Parlaments.

In das neue Kabinett sind Oberst Bulfom als Kriegsminister und Christo Kalow als Minister des Innern aufgenommen worden. Nach den abends vorliegenden Nachrichten herrschte im ganzen Lande Ruhe und Ordnung. Am Sonntag nachmittag empfing der König die Mitglieder des neuen Kabinetts. Die neuernannten Beamten haben bereits ihre Tätigkeit aufgenommen. Nach einer Meldung der bulgarischen Telegraphen-Agentur sammelten sich auf den Straßen gewaltige Menschenmassen, die vor den Gesandtschaftsgebäuden der Großmächte Sympathiegebungen veranstalteten.

Janoff hat den diplomatischen Vertretern einen Besuch abgestattet. Sie drückten ihre Befriedigung darüber aus, daß sich die Übernahme der Staatsgewalt ohne Blutvergießen vollzogen habe, und sagten ihre moralische Unterstützung zu.

Es sind noch keine zuverlässigen Nachrichten über den Aufenthalt von Stambulinski in Belgrad eingetroffen. Nach Erzählungen von Reisenden erwartet man in Bulgarien eine Gegenrevolution der bäuerlichen Bevölkerung. Die bulgarische Regierung nimmt zunächst eine abwartende Haltung ein, da sie die bisherigen Vorgänge in Sofia als eine rein innere Angelegenheit Bulgariens ansieht. Erst nach einer Klärung der Lage in Bulgarien wird das Kabinett definitiv zur neuen Lage Stellung nehmen.

Vor einer Abrüstungskonferenz?

Verschiedene hervorragende Washingtoner Senatoren statten dem Präsidenten Harding den ersten Besuch ab, um ihn zu veranlassen, Erklärungen abzugeben über seine im Arlingtontheater am Memorial Day abgegebenen Erklärungen, nach welchen die Vereinigten Staaten ihren ganzen Einfluß einsetzen werden, um den Frieden in der Welt aufrecht zu erhalten. Die Senatoren wiesen auf die Notwendigkeit hin, eine neue Weltkonferenz einzuberufen, welche sich mit der Abschaffung des Unterseebootkrieges, der Bombenwurfgeschosse und der giftigen Gas befaßt soll. Die Senatoren, unter Führung des Senators Borah, ließen einige Stunden im Weißen Hause in Besprechung mit dem Präsidenten und bestanden darauf, daß es notwendig sei, die wichtigsten Nationen der Welt zu dieser Konferenz einzuladen.

Die Erörterungen der Presse über den britischen Plan, in Singapur eine Unterseebootstation einzurichten, wurden von Senator Borah als Beginn eines neuen Rüstungsfiebers bezeichnet. Eine starke britische Flottenbasis in der Nähe der Philippinen müßte Amerika veranlassen, ebenfalls eine starke Basis dort ins Auge zu fassen.

Deutschland, so erklärte der Senator weiter, hat zwar fastlich keine Unterseeboote und Flugzeuge, ist aber in der Lage, durch seine chemische Industrie die Armeen der ganzen Welt zu gefährden. Deshalb müßte auch Deutschland zur Konferenz eingeladen werden. Auch Rußland müßte zugezogen werden.

Präsident Harding erklärte, er halte die Einberufung einer neuen Abrüstungskonferenz nach derjenigen von Washington im Jahre 1921 für überflüssig. Trotzdem sei er bereit, wenn die Notwendigkeit vorhanden sei, eine Konferenz im Sinne der Senatoren einzuberufen.

Staatssekretär Hughes fügte hinzu, er sei nicht der Meinung, daß Präsident Harding den ersten Schritt zu einer solchen Konferenz tun solle, solange nicht das Reparationsproblem gelöst sei. Nach einer befriedigenden Lösung dieses Problems könnte eine solche Konferenz ins Auge gefaßt werden. Senator Borah bestand jedoch darauf, daß eine neue Konferenz einberufen werden müsse, da sonst Amerika, das auf dem Stand der Washingtoner Konferenz stehen bleibe, von den anderen Nationen überholt werden würde.

Die „Entente fatale“ zwischen Polen und der Tschechoslowakei.

„Aus Paris, Anfang Juni, wird uns geschrieben: Unfreiwillige Witze sind immer die besten. Herr Benesch, der tschechische Außenminister, hat diesen alten Satz wieder einmal bewiesen und zwar in einem Interview, das er mit dem Sonderberichterstatter des „Reit Parisien“ in Prag gehabt hat und das auf dieser Blatte in der vorigen Woche veröffentlicht worden ist.

Dieses Interview war keineswegs ohne politische Bedeutung, denn es bewegte sich auf einer Linie, welche die französische Politik seit Jahr und Tag beharrlich verfolgt: nämlich

ein Antimitteleuropäer zwischen Polen u. der Tschechoslowakei herzustellen. In diesem Sinne bemühte man sich bereits während des Aufenthalts Pilsudskis und Sapiehas (beide sind inzwischen in der Besetzung verschwunden) in Paris im Februar 1921, diesem Zwecke dienlich die Reise des Marschalls nach Warschau und Prag und demselben Zwecke sollte auch das Interview dienen, denn der Franzose fragte Herrn Benesch, ob nicht aus seiner Meinung nach ein Bündnis zwischen Polen und der Tschechoslowakei die beste Friedensgarantie für Mitteleuropa abgeben würde. Darauf erwiderte Herr Benesch wörtlich: „L'entente entre nous et la Pologne, est nécessaire. Elle est fatale. Elle viendra. Tous ceux qui s'y opposent sont des politiciens à courte vue.“ („Das Bündnis zwischen uns und Polen ist notwendig, es ist vom Schicksal bestimmt. Es wird kommen, alle, die sich ihm widersetzen, sind kurzfristige Politiker.“)

Der Witz dieser Äußerung liegt in dem Doppelsinn des Wortes „fatale“. Denn dieses Wort bedeutet einerseits „vom Schicksal vorherbestimmt“, andererseits „unglücklich“. Faßt man diesen Doppelsinn ins Auge, so erinnert die Äußerung Benesch's an den Witz von dem Juden, dem ein Eid etwas bedeutend vorkam und der alle möglichen Änderungen vorschlug, aber als der Richter ihm unvorsichtig dazwischenfahret: „Ach, was Sie haben zu schwören, „es ist wahr“, oder „es ist nicht wahr“, schwur er und sagt: „Der Richter, so will ich schwören.“ Mit dem Worte „fatale“ bedt nämlich Herr Benesch die beiden in der Tschechoslowakei vertretenen Ansichten über das Verhältnis dieses Landes zu Polen. Denn gewiß ist ein Teil der Tschechen, der lediglich die Scheuklappen der Deutschfeindlichkeit trägt, mit einem Bündnisse mit Polen einverstanden, aber die Zahl der angeblich „kurzsichtigen“, die ganz und gar nicht ein enges Verhältnis zu Polen wünschen, ist keineswegs gering. Denn es ist nicht wahr, wenn Herr Benesch in dem weiteren Teile seiner Antwort an den Interviewer es so darstellt, als ob lediglich die Zaoruzna-Frage Polen und die Tschechoslowakei trenne, obwohl auch diese Frage von nationalen Interessen sehr ernst genommen wird und im vergangenen Herbst Herrn Benesch's Ministerstuhl etwas ins Wanken gebracht hat. Die Gegensätze zwischen der Tschechoslowakei und Polen sind aber viel bedeutenderer Natur. Würde es gelingen, Rußland dauernd zu einer Nonvaleure in der Weltpolitik zu machen, so würden die Polen in ihrer Reichsgründung und Eitelkeit die Vormacht des Slaventums bilden wollen und das kann selbstbewußten Tschechen umso weniger genehm sein, als sie zwar an Zahl kleiner, aber wirtschaftlich ungleichlich tüchtiger sind als die Polen. Kommt aber Rußland wieder hoch und wird es selbst zur gegebenen slavischen Vormacht, dann ist der Konflikt zwischen Rußland und Polen gewiß, weil Rußland die ihm geschlossenen Gebiete zurückverlangen wird, während umgekehrt die Tschechoslowakei nur Vorteile von einem starken Rußland haben kann. Ebenso ist der Gegensatz zwischen Polen und Deutschland nicht zu überbrücken, während ein gutes Verhältnis zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland durchaus möglich ist, aber natürlich erschwert werden würde, wenn die Tschechoslowakei sich bedingungslos französischen und polnischen Diktaten verschrieb.

Aus diesem Grunde ist die Entente zwischen der Tschechoslowakei und Polen vielen tschechischen Politikern fatal — im fatalen Sinne des Wortes. Herr Benesch hat also, wenn auch sicherlich unabsichtlich, als eine wahre Mythia gesprochen: er hat die Wahrheit gesagt, nur kann sich jeder anders ausdeuten, was er unter dieser Wahrheit verstehen will.

Kurze Nachrichten.

Die Untersuchung gegen Kozbach. Der wegen seiner Rutschpläne in Haft befindliche Oberleutnant a. D. Kozbach hat gegen seine Untersuchungshaft Beschwerde erhoben. In der Begründung dieser Beschwerde droht Kozbach, verschiedene Reichsstellen durch seine Aussagen zu kompromittieren und beantragt der Vernehmung des Chefs der Reichswehr, General von Seekt, unter gleichzeitiger Gegenüberstellung mit General Lubendorff. Der Oberreichsanwalt hat zu diesen Anträgen noch nicht Stellung genommen.

Die Gebel- und Feiertage. Der Rechtsausschuß des Reichstages beriet einen Gesetzentwurf über die Feiertage und Gebeltage weiter. Nach seinem Beschluß gilt der 1. Mai nicht mehr als Feiertag und kann auch durch Landesrecht nicht mehr zum Feiertag gemacht werden, sobald das Reichsgesetz verabschiedet ist. Auch der 9. November darf von den Ländern nicht mehr zum Feiertag erhoben werden.

Karlsruher Sängertag.

Außerordentlich zahlreich waren auswärtige und hiesige Vereine der Einladung des „Niedertranges“ gefolgt, der zur Pflege der Sängereundschaft aufrief und zu einem friedlichen Wettkampf in der städtischen Festhalle aufforderte. Nicht ganz offiziell natürlich, denn eine öffentliche Konkurrenz der Einzelkämpfer gab es nicht, aber immerhin ließ das gleichzeitige Auftreten von 7 großen und gutgeschulten Männerchören, die je einen Kunstchor und ein Volkslied zum Vortrag brachten, ein gewisses Urteil über das Endergebnis ihrer Studien zu, die im Ganzen auf sehr erfreulicher Stufe standen. Gleich der erste der beteiligten Vereine, der nicht einmal in seiner vollen Stärke erschienene Hebrergesangverein Mannheim-Rudwigsghafen imponierte in dem großen Konzert, das am Sonntagvormittag in der überfüllten Festhalle stattfand, durch Übung des Chorliedes, Sicherheit der Einsätze und der Stimmführung in den schwierigen Kunstchor A. Veders „Liland“ und dem volkstümlichen „Meinwäldchen“ Mendelssohns. Seines Chorleiters, des Herrn Musikdirektor Karl Weid's bedeutende Fähigkeit in der Chorleitung erprobte auch das nachfolgende Auftreten der Heidelberger Liedertafel, die gleichfalls in stattlicher Zahl erschienen war und durch die hübsche Wiedergabe von Hegars „Schlafwandel“ und Sturms „Artem Lindenbaum“ sehr gefiel. Auch die Vorträge der Liedertafel Mannheim, die nach dem zwischen einem auswärtigen und hiesigen Verein abwechselnden Verteilungsmodus am Ende des untagreichen Programms standen, erfreuten durch kultivierte Gesangsplege unter ihrem bewährten Dirigenten Musikdirektor Edgar Hausen. Die von drei großen Karlsruher Vereinen ausgewählten Werke erzielten ebenfalls durchschlagenden Erfolg; es waren das sowohl „Thunfisch Revue“ und „An der Saale hellem Strande“, die der Hebrergesangverein unter Prof. H. R. Schmid's Leitung in vorbildlicher Weise zu Geför brachte, wie auch die „Abdunstung“ H. Hubers und das „Frühlingslied“ H. Umlauf's, deren Interpretation durch die innere Begeisterung aller Mitwirkenden der „Liederhalle“ unter Hugo Raabers Stabführung etwas Imposierendes und Fortwährendes hatte; es hinterließen schließlich auch die beiden Chöre des die ganze Tagung veranstaltenden Vereins, des Niedertranges stärkste Wirkung, da nicht nur der „Marsch von Berdenberg“ Hegars, sondern auch die altväterliche

dische Volksweise „Komm, o komm“ unter der umsichtigen Direktion Kapellmeister Heinrich Cassimirs in voller Schönheit zur Geltung gebracht wurden. Den erhebenden Nachklang der von acht deutscher Sangesfreudigkeit zeugenden Veranstaltung, der wiederholt lauter Applaus von der mit gesammeltem Interesse lauschenden Zuhörerchaft gezollt wurde, bildete das von allen Vereinen mit Orgelbegleitung gemeinsam intonierte „Niederländische Dankgebet“, eine zwar improvisierte, aber würdige Ehrengabe des fast zu gleicher Stunde in heimischer Erde beigesetzten deutschen Soldaten.

Doch in unseren großen wie kleinen Männergesangsvereinen die Lust am Gesang nicht erlöschen zu lassen, das ist Zielbewußt auf eine beachtenswerte Stimmkultur hinanzustreben und in dieser Richtung auf sehr erfreuliche Resultate wieder zurückzuführen können, erwies auch am Vorabend das Konzert des Schuler'schen Männerchors Frankfurt a. M., der in besonders freudigem Verkehr mit dem Niedertrange steht. Leider zeigte er auch sein Programm, wie überhaupt die ganze Reihe der an den beiden Feiertagen zur Aufführung gelangten Gesänge, daß der mehr materiell zu bedenkenden Aufwärtsbewegung der Chorleitung keine ideale Verfeinerung des Gesangs parallel geht; denn hier war es ebenfalls auffallend, daß keine einzige gewichtiger Komposition geboten wurde, keine Ur- und Eiz-Erstaufführung, sondern daß man sich ganz und gar auf ältere in ihrer Gefühlsromantik heute mitunter doch recht fragwürdige Niedertragsproduktionen beschränkte. Die künstlerische Note erhielt deshalb das Konzert einzig durch die subtile Qualität des Vortrags, in dem die Frankfurter Herren wirkliche Meister sind. Leider, fragil in schwebender Freiheit und Reizheit erklangen ihre Lieder, die wie übrigens nochmals am Sonntag Kunst- und Volksgesang gleichmäßig berücksichtigten. Herr Prof. Gustav Krautmann legt bei seiner etwa 170 Mann starken Sängerschaft anscheinend mehr Gewicht auf feinsinnig differenzierte Gestaltungskunst; durch die fast allzureichlich verteilten Schattierungsnuancen leidet allerdings die Gestaltungsstärke, insofern neben der künstlerischen Behandlung der Einzelstimmen und den feinsinnig abgemessenen melodischen Bögen doch die Eindringlichkeit etwas zu kurz kommt. In dieser Beziehung war übrigens die Wahl der Solisten des Wends, Frau Marie von Ernst's, den Vorträgen des trefflichen Chors gut angepaßt; denn auch die Besondere ihres schadenreinen Soprans liegt mehr in kunstvoll freierer Gesangskultur und weniger auf dem Gebiet geistlich-naturhafter Frische. Trotz-

dem ward auch hier das Interesse des dichtbesetzten Festhallaales bald aufs stärkste gefesselt und ergoß sich mehrere willig gespendete Zugaben.

Sonatenabend Voigt-Bürger.

Nach den Eintritten des montäglichen Konzertes kann man die Klavierbegleitung Julius Bürger's, des jungen Kapellmeisters am bad. Landesheater, der leider seinen Posten mit Ablauf der Spielzeit verläßt, nicht mit ein paar unwiederbringlichen Worten abtun. Julius Bürger's Spiel gab dem Abend sein Gepräge, eine ausgesprochene Anlage des Begleiters offenbarte sich. Er hob die vorgetragenen Werke in vergeistigter Hochspannung und erfüllte dadurch glänzend die subjektiven Lebensbedingungen, die — abgesehen von einer ausgezeichneten Spielfähigkeit — an einen begleitenden Pianisten zu stellen sind. Stärker noch als die rein manuelle Geschlossenheit gefiel dabei die warme Gefühlsunterstützung, die der äußerst sympathische Künstler seinem Spiel angedeihen ließ. Kultiviertes Gefühl für das Feine und Barte fehlt eben wenig wie gesteigerte Elastizität und echt musikalischer Impuls. Den musikalisch reizvollen Gebilden Anton Dvorak's, den Zigeunermelodien op. 55, war er ein charakteristischer Formner, während man von dem etwas flachen Wiedergabe der 7 Sopranlieder durch Frau Olga Bürger-Pechner nicht den gleich guten Eindruck empfing. Nach dieser Seite blieb die mitreißende Wirkung auf die Hörerschaft fast völlig aus, zu einer tieferen Ausschöpfung des Wertes schien es der Sängerin vor allem an Modulationsfähigkeit, Temperament und deutlicher Textbehandlung zu fehlen. Auch bei dem Zusammenpiel Bürger's mit Konzertmeister Otto von Voigt in je einer Sonate von Beethoven und Brahms machte ich gelegentlich ein Mangel an gegenseitiger Einstellung bemerkbar, insofern der biolinierende Partner durch die innerlich besterben Klavierbegleitung oft hart in den Hintergrund gedrückt wurde. Die Einheit der Reproduktion mußte etwas leiden, da die barocke Fülle Art Voigt's sich vor jeder Wiedergabe ins Sprünge, persönlich Fesseln auffallend zurückwies. Das sonst klare und technisch sauber gefeilte Zusammenpiel fand starken Beifall und wurde durch die Variationen aus der Streichersonate als Dreingabe ergänzt vor einem den Eintragsaal so ziemlich ganz füllenden Auditorium.

Badische Übersicht

Reichszentral Dr. Cuno in Karlsruhe

Im Staatsministerium fand gestern wieder einer der gewöhnlichen Abende beim Staatspräsidenten statt. Zu Beginn hielt Reichszentral Dr. Cuno einen ganz vorzüglichen und überaus lehrreichen Vortrag über seine wirtschaftspolitischen Beobachtungen in Sowjetrußland. Zu dem sich hieran anschließenden geselligen Teil des Abends erschien dann auch Reichszentral Cuno mit seiner Begleitung.

Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Staatspräsidenten Remmele, in der dieser auf die schweren Zeiten hinwies, die durch den Einbruch fremder Gewalt über unser Land gekommen sind, ergriff der Reichszentral selbst das Wort. Über den Zweck seiner Reise führte er aus, daß er sie unternommen habe, um seinem lang gehegten Wunsch mit dem Reich Baden in persönliche Berührung zu kommen, Ausdruck zu geben. Er stehe vor dem Ende einer Reise, die nach München, Elberfeld und Heidelberg geführt habe. Dabei sei ihm aus allen Schichten der besetzten Gebiete und des Einbruchgebietes einstimmig versichert worden, daß die Bevölkerung dieser Gebiete den Abwehrkampf bis zu einem guten Ende fortführen wolle. Der Abwehrkampf in den besetzten Gebieten und im Einbruchgebiet sei spontan aus der Bevölkerung heraus emporgewachsen und besonders von Arbeitnehmersseite sei klar und deutlich zum Ausdruck gebracht worden, daß die Bevölkerung selbst die volle Verantwortung für den Abwehrkampf trage. Zu einem guten Ende des Kampfes gehöre es vor allen Dingen auch, daß Baden, die Pfalz und das ganze Rheinland, überhaupt alle besetzten Gebiete unerschrocken beim Reich und bei den Ländern hielten, zu denen sie gehören. In dieser Beziehung gebe es für die Reichsregierung keine Kompromisse und keine Konzessionen. Der Reichszentral wies dann darauf hin, daß der uns aufzuzwingende Kampf schwer sei, daß die Reichsregierung bestrebt sei, die Leiden der Bevölkerung mit allen zur möglichen Kräfte zu lindern. Der Kampf sei zwar schwer, aber er würde in voller Einigkeit des ganzen deutschen Volkes geführt und es gebe keinen Gegensatz bei keiner Partei, bei keiner Wirtschaftspraxisgruppe in der einen Frage, daß das Reich unerschrocken bleiben müsse. Unter dieser Parole ständen Nord und Süd einig und fest zusammen und unter dieser Parole werde der uns aufzuzwingende Kampf zu einem glücklichen Ende geführt werden. Der Kampf sei uns aufzuzwingen worden, denn die Reichsregierung habe in voller Aufrichtigkeit ihre Erfüllungsbereitschaft in den Grenzen des Möglichen immer betont.

In Begleitung des Reichszentralen befanden sich: Reichswirtschaftsminister Weiler, Staatssekretär Hamann, Staatssekretär Dräger, Bürgermeister Schmidt, Legationssekretär Nebhammer vom Auswärtigen Amt, von Wibra.

In Heidelberg

fand gestern eine eingehende Aussprache unter Vertretern der Behörden sowie der Wirtschaftskreise der Pfalz statt. Diese ergab übereinstimmende Beweise des einseitigen Willens der Bevölkerung, an den staatsrechtlichen Verhältnissen und der ungeschwächten Zugehörigkeit der Pfalz zum Reich und zu Bayern unter keinen Umständen rücken zu lassen. Von allen Kreisen, besonders von der Arbeitnehmerschaft wurde betont, daß sie aus sittlichen Gründen den aufzuzwingenden Abwehrkampf aufgenommen habe und ihn bis zu einem guten Ende weiter führen werde. Ebensoviele wie es einer Anweisung der Regierung bedürft hätte, den Kampf aufzunehmen, werde es der Reichsregierung niemals gelingen, einen Abbruch des Kampfes gegen den Willen der Bevölkerung zu erzwingen.

Fürst Philipp Eulenburg über die Kaiserin Augusta.

Als die Prinzessin Augusta von Weimar 1829 im Alter von 18 Jahren den 14 Jahre älteren Prinzen Wilhelm von Preußen, den nachmaligen Kaiser Wilhelm I. heiratete, kam sie aus einer Umgebung, die sich von derjenigen des Berliner Hofes nicht nur politisch, sondern vor allem auch in geistiger Beziehung außerordentlich unterschied. Das sich daraus ergebende Gefühl des Fremden hätte durch ein starkes innerliches Zusammengehörigkeitsgefühl der jungen Ehegatten ausgeglichen werden können. Aber auch hierfür fehlten die Voraussetzungen. Der nur als Soldat führende Prinz mit seinen geistigen Interessen und die feingeistige Prinzessin hatten wenig Gemeinsames, und es fehlte vor allem die Neigung zueinander. Das hat sich auch im Lauf der Ehe nicht wesentlich geändert, und so ist die Kaiserin Augusta in Berlin so einsam geblieben, wie sie es zu Anfang ihrer Ehe war.

Aber diese Verhältnisse verbreiten die im Verlag der Gebrüder Paetel (Berlin-Leipzig) erscheinenden Memoiren des Fürsten Philipp Eulenburg, die von Prof. Johannes Haller herausgegeben sind, nach der darüber bisher erschienenen Ausgaben manches neue Licht. Eulenburg schildert den Lebenskampf der jungen Prinzessin in Berlin, deren Kindheits- und Jugendgedenke ganz unter dem greifigen Leben Weimars des lebenden Goethe gestanden hatten, und die in eine zwar äußerlich größere, aber innerlich kleinere Welt hineingebracht wurde. Das ist, wie er sagt, gewissermaßen in ihrem Unterbewußtsein bis zu ihrem Tode hängen geblieben, und es ist ihr auch angehängt worden mit der ganzen Rücksichtslosigkeit des Klimas der norddeutschen Tiefebene. Und zudem lag die härteste Seite ihres Schicksals darin, daß in der Ehe die Liebe fehlte. Ihr Gatte hatte die Liebe zur Prinzessin Magdalen noch nicht überwunden. Sein Vater, Friedrich Wilhelm III., hatte die Ehe veranlaßt, um Entschädigung zu bekommen, da die Ehe des Kronprinzen Friedrich Wilhelm kinderlos geblieben war. Da es, so sagt Eulenburg, niemals für eine feindselige Frau erträglich sein wird, lediglich als ein Multiplikationsapparat angesehen zu werden, so hat auch in dieser Hinsicht Prinzessin Augusta Betrachtungen anstellen müssen, die ihr Innenleben nicht zu bereichern vermochten.

Schutz politischer Versammlungen.

P.A. Im Reichsgesetzblatt Nr. 37 ist ein Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches veröffentlicht worden. Das Gesetz verdankt seine Entstehung bekanntlich einem Antrag der Abgeordneten Dr. Stresemann und Genossen. Es bezweckt den Schutz politischer Versammlungen und sonstiger Kundgebungen gegen gewaltsame Störung und Sprengung. Der neue § 197a des Strafgesetzbuches bedroht demgemäß mit Gefängnis und Geldstrafe nicht nur die gewaltsame oder unter Drohung tatsächlich erfolgte Verhinderung oder Sprengung von nichtverbotenen Versammlungen usw., sondern auch den mit Gewalttätigkeiten unternommenen Versuch der Sprengung gleichviel, ob der Zweck erreicht worden ist oder nicht.

Veranstaltung von Milchleistungsprüfungen.

P.A. In dem Grundplan für die staatliche Förderung der Milchviehzucht ist auch die Durchführung von Milchleistungsprüfungen in den Viehbeständen der Züchtervereinigungen vorgesehen. In Verfolg dieses Planes ist nunmehr zunächst im Gebiete des Verbandes der oberbadischen Züchtervereinigungen mit dieser in züchterischer und wirtschaftlicher Hinsicht gleich wichtigen Veranstaltung begonnen worden.

Im Verband der oberbadischen Züchtervereinigungen, der bekanntlich bereits in den Jahren 1909 bis 1911 in einer größeren Anzahl seiner Züchterbestände eine Prüfung der Milchleistung mit günstigem Ergebnis vorgenommen hatte, ist die Fortführung dieser Leistungsprüfungen als dauernde Einrichtung bereits im Jahre 1912 beschlossen worden, hat aber wegen des Kriegsausbruchs zurückgestellt werden müssen.

Nachdem nunmehr die für eine derartige Veranstaltung erforderlichen Grundlagen, insbesondere die Institutionierung und geordnete Führung der Züchtervereinigungen, wiederum geschaffen sind, werden zunächst 241 eingetragene Stammschäfer der Prüfung auf ihre Milchleistung in der Weise unterstellt, daß monatlich zweimal die Tagesmilchmenge durch besonders aufgestellte Vertrauensmänner festgestellt und die Milch durch die landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg auf ihren Fettgehalt und ihre sonstige Beschaffenheit näher untersucht wird. Das ganze Verfahren untersteht der Überwachung durch die genannte Anstalt, den Züchtereinsichtler und die Bezirksleiter des Züchterverbandes. Es soll nach und nach weiter ausgebaut und auf sämtliche in der Züchtervereinigungen Stammschäfer ausgedehnt werden.

Mit Hilfe der Milchleistungsprüfungen wird zunächst in den oberbadischen Züchtern eine den Grundfragen sachgemäßer Leistungsprüfung entsprechende Züchtweise ermöglicht und dadurch allmählich eine allgemeine Verbesserung der Milchleistung der Züchterbestände herbeigeführt werden. Da die Milchleistung auf die Nachzucht sich zu übertragen pflegt, wird von der in Angriff genommenen züchterischen Maßnahme auch über das oberbadische Züchtergebiet hinaus ein günstiger Einfluß auf die Milchzeugung zu erwarten sein. Bekanntlich liefert Oberbaden neben zahlreichen weißlichen Züchtern auch den größten Teil der Züchterfärsen für die Gemeinden des Landes. Es wird den Gemeinden nunmehr in absehbarer Zeit Gelegenheit geboten sein, vorwiegend solche Färsen zu erwerben, die von Mäthen abstammen, deren Milchleistung geprüft und im Abstammungsnachweis verzeichnet ist, so daß eine gewisse Gewähr für die Übertragung der Eigenschaften guter Milchleistung durch den ererbten Färsen auf die von diesem erzeugte Nachzucht gegeben ist. Da der Färsen imstande ist, im Laufe eines einzigen Jahres seine Eigenschaften auf 60 bis 80 Nachkommen zu übertragen, kann ein einzelner Färsen in verhältnismäßig kurzer Zeit auf die Milchzeugung der Tiere einer ganzen Gemeinde einen vorzüglichen und nachhaltigen Einfluß ausüben. Der Veranstaltung der Milchleistungsprüfungen kommt hiernach eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung zu. Für ihre Durchführung sind deshalb namhafte staatliche Mittel bereitgestellt worden.

Brotversorgung.

P.A. Nachdem die großen Bestände an Auslandsweizen in den Rheinländern infolge der Besetzung nicht mehr verfügbar sind, kann die Reichsgetreidestelle den Kommunalverbänden in der Hauptsache nur noch Roggenmehl, Weizenmehl dagegen höchstens in einem Verhältnis von 10-15 Prozent des Bedarfs zuweisen. Zur Versorgung der Bevölkerung mit Brot ist die Reichsgetreidestelle daher fast nur auf das aus der Umlage aufzubringende Inlandsgetreide größtenteils also auf Roggen angewiesen. Die Inlandsernte des letzten Jahres ist aber von ungünstiger Beschaffenheit; das Getreide ist zum

Teil sauer und wenig haltbar, weshalb es beschleunigt verbraucht werden muß.

Die Landesbehörden und die Kommunalverbände haben sich in letzter Zeit unausgesetzt bemüht von der Reichsgetreidestelle erhöhte Zuweisungen an Weizenmehl zu erlangen; um die Brotbeschaffenheit zu verbessern. Wenn dies nicht in dem gewünschten Maße gelang, so tragen die oben geschilderten Schwierigkeiten die Schuld daran. Im übrigen ist den Kommunalverbänden empfohlen worden, mit ihren Weizenmehlbeständen besonders sparsam zu verfahren, damit immer noch kleinere Bestände davon für die Brotstellung verfügbar sind.

Der Saatenstand zu Anfang Juni 1923.

Nach Feststellung des Statistischen Landesamts war der Mai im ersten Drittel recht warm und sonnig, um den 10. des Monats brachte jedoch ein Temperatursturz rasche Abkühlung und die Bitterung war von da ab unbeständig, regnerisch und kühl, so daß im Wachstum allgemein eine gewisse Störung eintrat. Der im Vormonat (April) gemeldete gute Stand der Wintergetreide sowohl als auch der Sommerfrüchte hat indessen fast überall angehalten und die neueste Beurteilung erfolgte in den allermeisten Fällen durch die Beobachtungen gut oder ziemlich gut. Der Winterroggen beginnt zu blühen. Im Sommergetreide (Gerste und Hafer) entwickelt sich da und dort ziemlich viel Unkraut, insbesondere Hederich und Senf.

Die Kartoffeln gehen allenthalben gut auf; sie werden zum Teil schon geerntet und gehäufelt.

Die Futtergewächse (Acker- und Wiesenfutter) stehen fast durchweg schön und versprechen bezw. liefern reiche Erträge. Die Heuernte ist in manchen Gegenden schon im Gange, namentlich Kleeheu ist zu einem großen Teil bereits eingebracht.

Bei den Reben sind die im April in manchen Weinbaugenden entstandenen Frostschäden nicht so stark, wie anfänglich befürchtet wurde. Der Samenansatz wird im allgemeinen als mittelmäßig bezeichnet. Die Heuwurmmotten sind bei den heißen Tagen im ersten Monatsdrittel geflogen. Die erste Bespritzung der Reben mit Kupferkalklösung hat da und dort stattgefunden.

Die Bevölkerungsbewegung in Baden im Jahre 1922.

Nach vorläufiger Feststellung des Statistischen Landesamts ist die Zahl der Geborenen von 60 602 im Jahre 1921 auf 56 150 im Jahre 1922 gesunken; der Rückgang beträgt 7,35 Prozent. Unter den Gestorbenen befinden sich 1269 Totgeborene (im Vorjahr 1492).

Die Zahl der Todesfälle (ohne Totgeborene) hat im Berichtsjahre gegenüber dem Vorjahr, wenn auch nur unbedeutend, zugenommen; sie ist von 31 639 auf 31 842 im Jahre 1922 gestiegen. Bemerkenswert ist, daß der in den letzten Jahren beobachtete Rückgang der Kindersterblichkeit auch im Jahr 1922 angehalten hat; die Zahl der im 1. Lebensjahr gestorbenen Kinder ist von 6804 im Jahr 1921 auf 6089 im Jahr 1922 gesunken.

Abgenommen hat auch im Jahre 1922 die Zahl der Eheschließungen, die noch im Jahre 1920 31 952 betragen hat, im Jahr 1922 dagegen nur noch 23 705 betrug. Verhältnismäßig sei hier bemerkt, daß in den fünf Vorjahresjahren 1909/13 die Zahl der Eheschließungen zwischen 15 000 und 16 000 schwankte hat.

Aus der Landeshauptstadt.

Aus der Stadtratsitzung vom 7. Juni.

Gas- und Strompreise. Die Kohlenpreise sind gegenüber dem der letztmaligen Festsetzung der Gas- und Strompreise zugrunde liegenden Stande um circa 60 Prozent gestiegen. Es ist deshalb unumgänglich, daß die Gas- und Strompreise für die laufende Abrechnungsperiode — 22. Mai bis 30. Juni — dieser Steigerung angepaßt werden; darnach ist für den Juni-Bezug mit einer Erhöhung des Preises für Gas zu Leucht-, Koch- und Heizzwecken auf 1150 Mark pro cbm, für Lichtstrom für Kleinabnehmer auf 2300 Mark pro Kwst und für Kraftstrom an solche auf 1600 Mark pro Kwst zu rechnen. Endgültig können die Preise heute noch nicht festgesetzt werden, da die Entwicklung der Kohlenpreise in den nächsten Wochen sich nicht übersehen läßt.

Ernennung von Hauptlehrern. Zum Hauptlehrer an der hiesigen Volksschule wird Hauptlehrer Ludwig Roth in Kniezingen ernannt.

feins. 2. Herr N. Gottlieb legt eine Abhandlung von S. Freund und S. Janssen vor: „Muskelfaserwechsel und Wärmeregulation“. Die Aufrechterhaltung der Körperwärme der warmblütigen Tiere ist eine Leistung des zentralen Nervensystems. Man kennt aus neueren Untersuchungen den Ort der wärmeregulierenden Zentren im Zwischenhirn. Die Bahnen für die Regulierung der Wärmeregulation, für die sogenannte chemische Wärmeregulation, verlassen das zentrale Nervensystem im untersten Halsmark. Es bestehen aber noch Unklarheiten darüber, ob die Ansammlung oder Dämpfung der wärmeregulierenden Prozesse nur in den großen Drüsen des Körpers vor sich geht oder ob auch die Muskeln, u. zwar auch dann, wenn sie nicht durch ihre motorische Innervation zu Kontraktionen angeregt werden, dabei eine Rolle spielen. Auch ist der Weg bisher unbekannt, auf dem die Impulse zur Veränderung des Muskelfaserwechsels zu den Muskeln gelangen können (nervöse Bahnen oder chemische Nerven). Die Verfasser haben diese Frage entschieden. Auch der motorisch nicht mehr innervierte Muskel nimmt an der Wärmeregulation teil, wie sich durch Messung des Sauerstoffverbrauches einer Muskelgruppe bei Erwärmung oder Abkühlung des Tieres nachweisen ließ. Die Bahnen, auf denen die Impulse vom Zentrum hingelangen, sind die mit den Gefäßen verlaufenden Nervenfasern. Chemische Nerven spielen dabei keine Rolle. Es werden geschäftliche Angelegenheiten erledigt.

Literarische Neuerscheinungen.

Abelheid Weber: Haus Judche. Roman. (Verlag Ernst Keil's Nachfolger August Scherl, Leipzig.) — Die Verfasserin stellt in diesem München-Bohemenroman eine Fülle gut gezeichneter Gestalten auf die Beine und versteht es meisterlich, die Gegensätze ersten norddeutschen Wesens und süddeutscher Ungebundenheit herauszuarbeiten. Die Szenerie ist immer lebendig, reich und bunt in der Farbengebung, z. B. wo es sich um die Schilderung von Künstlerfesten handelt. Eine Fülle wechselnder Situationskomik erheitert den Leser, macht ihn aber die tiefere Symbolik dieses München-Schwabinger Bohemenromans nicht vergessen, die darin besteht, daß das „Haus Judche“ gleichsam als unsere moderne, durch den Krieg von ihren guten Seiten verlassene Jugend erscheint, die sich aus allerlei Stürmen und Verwirrungen erst den Weg zu besseren Sittengesetzen suchen muß.

* Heidelberg Akademie der Wissenschaften (Stiftung Lang) Mathemat. — Physikalische Klasse. Sitzung vom 12. Mai 1923. Vorsitz: Herr A. Kossel. 1. Der Vorsitzende berichtet über ein von ihm in Gemeinschaft mit Herrn Dr. N. Oberhardt groß ausgearbeitetes Verfahren zur Darstellung und quantitativen Bestimmung des Arginins. Dasselbe beruht darauf, daß diese Base ein schwer lösliches gut krist. Salz mit der Diminonaphthylsulfonsäure, der Farbstoffe des Naphtholgelb, bildet. Das Verfahren ermöglicht die Darstellung größerer Mengen dieses wichtigen bisher schwer zugänglichen Eiweißbau-

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung vom 11. Juni 1923.

Die veterinärpolizeiliche Überwachung der Viehmärkte. Auf Grund der §§ 16, 17 und 19 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.G.B. S. 619), der §§ 6, 41 bis 53 des Ausführungsvorschriften dazu vom 7. Dezember 1911 (R.G.B. 1912 S. 9), des § 14 der Verordnung vom 20. April 1912 über den Vollzug des Viehseuchengesetzes (R.G.B. S. 139) und der Verordnung des Bundesrats vom 21. Januar 1915 über das Führen der Tiere auf Schlachtwiehmärkten und Schlachtwiehhöfen (R.G.B. S. 30) wird folgendes bestimmt:

- 1. Die in § 14 der Verordnung vom 20. April 1912 vorgeschriebene Einzeluntersuchung der Tiere beim Eintritt auf den Markt... 2. Das in Viehhöfen vorzeitig eingetroffene Vieh ist täglich der Einzeluntersuchung zu unterwerfen... 3. Mit der Eisenbahn ankommendes Vieh ist zunächst wagenweise vor oder beim Ausladen zu untersuchen... 4. Händlern und Treibern ist der Zutritt zu den Viehmärkten nur in sauberer Kleidung zu gestatten... 5. Der Abtrieb des auf Schlachtwiehmärkten aufgetriebenen Viehs zu anderen Zwecken als zur Schlachtung oder zum Auftrieb auf andere Schlachtwiehmärkte ist verboten... 6. Alles Kleinvieh, das von Schlachtwiehmärkten abgetrieben oder (mit polizeilicher Genehmigung) aus öffentlichen Schlachthöfen und Schlachtküchen wieder ausgeführt wird, ist vorher vom Besitzer zu kennzeichnen... Als Kennzeichen haben zu erhalten: a) Rinder, Kühe und Ziegen einen Querschnitt in Form eines größeren rechtwinkligen Kreuzes, das auf dem Rücken des Tieres so zu anbringen ist, daß keiner der Kreuzarme sich mit der Rückenlinie deckt... b) Schafe und Schweine ein mit halbrundem Rand versehenes breites Band in der Nackengegend... Die Durchführung dieser Maßnahmen ist durch das Aufsichtspersonal überwachen zu lassen... 7. Viehbestände von Viehmärkten sind einer täglichen Untersuchung gemäß Ziffer 1 vor der Morgensfütterung und außerdem vor dem Abtrieb zu unterziehen... 8. Auf Schlachtwiehhöfen ist die Abhaltung von Zucht- und Aufzuchtställen, sowie von Zuchtviehweiden und ähnlichen Veranstaltungen nur mit besonderer Genehmigung des Ministeriums des Innern zulässig... 9. Bei Feststellung der Maul- und Klauenseuche auf Schlachtwiehmärkten ist das gesamte aufgetriebene Vieh als Sperrvieh zu behandeln... 10. Auf Viehmärkten benötigte Einstreu ist nach § 14 der Anweisung für das Desinfektionsverfahren (Anlage A der Ausführungsvorschriften zum Viehseuchengesetz) zu behandeln... 11. Auf Schlachtwiehmärkten aufgetriebene und zum Marktvorkauf auf Schlachtwiehhöfen oder Schlachtküchen eingestellte Rinder und Schweine dürfen während des Zeitraums von 12 Stunden vor Beginn des Marktes nicht mehr gefüttert werden... 12. Kesselfutter aus Stripper, Rauhen usw. ist, soweit es nicht in Schlachtwiehhöfen des Schlachthofes verwendet werden kann, unschädlich zu beseitigen... Karlsruhe, den 11. Juni 1923. Der Minister des Innern. J. B. Beer.

fichtigung der politischen Grenzen das Reich in Gebiete angeteilt, in Ost-, Nord-, Mittel-, Süd- und Westdeutschland, in das es auch Baden bewiesen hat. Nach dementsprechender Gruppierung der in die Erhebung einbezogenen 497 Gemeinden ist Westdeutschland das teuerste Gebiet. Bis auf 4 gehören alle bei der Erhebung beteiligten 188 westdeutschen Gemeinden (d. h. 38 Prozent aller im ganzen Reich beteiligten Gemeinden) den 3 höchsten Feuerungsklassen an, und zwar 42 der teuersten und 96 der zweitwertesten Klasse, auf die im übrigen Reichsgebiet nur noch 11 bzw. 45 entfallen. In dieser Hinsicht die sich auf September/Dezember 1922 bezieht, gehören badische Gemeinden der teuersten Klasse nicht an. Zwischen ist festlich auch in Baden infolge der feindlichen Wesehung einzelner Landesteile die Feuerung stärker gestiegen als in manchen andern Reichsgebieten und in Karlsruhe hat sie sich in höherem Grade verschärft als in andern badischen Städten. Zwar schwankte die Stellung Karlsruhs von Monat zu Monat erheblich in der Reihenfolge der nach der Höhe ihrer Feuerungszahlen geordneten badischen 16 größten Städte, da in einzelnen Städten die Feuerung nicht immer im gleichen Monat im vollen Umfang zum Ausdruck kommt, weil namentlich die Mietpreise, die Preise für Kohlen, Gas und Elektrizität nicht überall in gleichem Maße steigen. So bewegte sich die Karlsruher Ziffer im Jahre 1921 zwischen der 1. und 12. Stelle, im Jahre 1922 zwischen der 1. und 11. und in den Monaten Januar bis April 1923 zwischen der 2. und 4. Stelle. Die Feuerungszahl eines Monats kann jedoch für den interlokalen Vergleich nicht viel besagen; hierfür muß schon ein längerer Zeitraum der Beobachtung zugrunde gelegt werden. Bekannt sind uns die Ziffern ab Februar 1920. Im jeweiligen Durchschnitt der seitdem laufenden Zeitspanne stand Karlsruhe im Jahre 1921 bis Juni 1922 bald an 3., bald an 4. Stelle, d. h. hinter Baden, Mannheim und Heidelberg; im Juli bis Dezember gelangte es an die 1. oder 2. Stelle, weil Baden-Württemberg, das früher vielfach an 1. Stelle stand, auf den 3. Platz und zeitweise selbst hinter Heidelberg und Freiburg rüde. Im Jahre 1923 nahm Karlsruhe wiederum im jeweiligen Durchschnitt ab 1920) im Januar bis März den 1. Platz ein, Mannheim den 2.; im April und Mai war es umgekehrt. Dr. B.

19. Deutscher Feuerwehrtag in München. Vom bayerischen Landesausflug ist zu dem vom 27.-31. Juli in München stattfindenden 19. Deutschen Feuerwehrtag, wie wir hören, die Kapelle der freiwilligen Feuerwehr Forzheim berufen worden. Es ist eine besondere Auszeichnung für die Kapelle, welche sich schon früher unter Musikdirektor Aufwiesens Stabführung allseitiger Anerkennung erfreuen durfte. Es wird allseits begrüßt werden, daß gerade eine badische Musikkapelle zu dieser Tagung berufen wurde. Die Leitung der Kapelle liegt heute in den Händen des Herrn Obermusikmeisters A. D. Klotz Schulz.

* Landestheater. Die erste Wiederholung von Shakespeares „König Heinrich der Vierte“ (1. Teil) findet am Donnerstag den 14. Juni (Abonnement F 22) statt. Am Samstag, den 16. Juni (Abonnement F 23) geht Karl Sternheims satirische Komödie „Bürger Schappel“ deren Dargestellte der Figuren und Situationen bei den ersten beiden Aufführungen ihre unübersehbare Wirkung erwiebs, zum drittenmal in Szene. Das Landestheater hat Adolf Landners neues Drama „Die Reise gegen Gott“ für die nächste Spielzeit zur Uraufführung erworben. Damit wird zum erstenmal ein Dichter auf unserer Bühne erscheinen der sich innerhalb weniger Jahre mit seinen vorausgegangenen Werken „Wahnschiffe“, „Christi, die Tante“ und „Schrei aus der Straße“ neben die namhaftesten Vertreter der modernen deutschen Bühnendichtung gestellt hat.

Verschiedenes.

Das größte selbsttätige Fernsprechart.

In Leipzig wurde das größte nach der selbsttätigen Betriebsweise eingerichtete Fernsprechart in Europa, das Amt Leipzig Mitte, in Betrieb genommen. Die von der Berliner Firma Siemens & Halske gelieferte technische Einrichtung ist in zwei je 60 Meter langen Sälen im Hauptpostgebäude am Augustusplatz untergebracht. Sie umfaßt rund 80 000 Wähler und 98 800 Relais mit zusammen etwa 377 Millionen Kontakten, durch welche die bisher von Menschenhand ausgeführten Verbindungen auf elektrisch-maschinellen Wege hergestellt werden. Der Anruf der Teilnehmer, die im Höhrer bemerkbaren Signale (Anstöße, Frei-Zeichen, Besetzt-Zeichen) sowie die zur Fortschaltung der Wähler erforderlichen Stromstöße werden durch 24 elektrische Motoren und vier Dynamomotoren erzeugt. Zur Zusammenhaltung der einzelnen an 146 eisernen Gestellen von 25 Meter Höhe und 5-6 Meter Länge untergebrachten Teile der technischen Anzeineinrichtung sind rund 11 900 Kilometer Kupferdraht, d. h. eine Strecke, die zehnmal so lang ist wie die Luftlinien-Entfernung von Basel bis Königsberg i. Pr., sowie die Aufstellung von rund 7 Millionen Lötlötstellen erforderlich gewesen. Die Aufstellung der Zusammenhaltung der technischen Einrichtung hat 2 1/2 Jahre in Anspruch genommen.

Motorloser Flug in Karlsruhe. Die ersten Flugversuche beim Ritterhof unternahm am Sonntag vormittag die Fliegergruppe des Staatstechnikums vom Karlsruher Luftfahrtverein. Bei sehr ungünstiger Windrichtung machte Herr Sackmann, der Leiter des Heißluftflugzeugbaus auf der „Eifelotte“ einige Sprünge mit dem motorlosen Flugzeug. Da aber für die herrschende Windrichtung ein geeignetes unbekanntes Gelände nicht vorhanden war, wurden die Versuche abgebrochen und sollen nächsten Sonntag fortgesetzt werden. Das Heißluftflugzeug „Eifelotte“ wurde dann auf den besonderen Transportwagen gesetzt und mit einem Auto gerade um 12 Uhr durch die Kaiserstraße nach dem Unterkunftsraum zurückgeschleppt. Die zahlreichen Passanten staunten über das seltsame Gefährt, während die Jugend ihre Begeisterung hörbar werden ließ. Der Karlsruher Luftfahrt-Verein veranstaltet Ende des Monats in Verbindung mit den Vab. Richtspielen im Rengerthaus eine Fliegergedenksfeier, wobei an drei Abenden Fliegerfilme, auch solche von motorlosem Flug, gezeigt werden. Da im August in der Rhön wieder der große deutsche Segelflugwettbewerb stattfindet, der außerordentlich interessant zu werden verspricht, ist es zu begrüßen, daß man vorher im Rengerthaus nochmals im Film vom letztjährigen Segelflugwettbewerb zeigen wird und damit den Karlsruhern Gelegenheit geboten ist, sich über den motorlosen Flug zu orientieren.

* Der Künstlerverband Badischer Bildhauer hielt am 30. Mai d. J. im Künstlerhaus seine Jahresversammlung ab. Zur Tagesordnung stand die Neuwahl des Vorstandes. Es wurden gewählt: 1. Vorsitzender Egon Gutmann, 2. Vorsitzender August Weberhuber, Schriftführer Karl Seifinger, Kassier Otto Schneider. Als Beisitzer: Fraulein Luise Bönninger und Heinrich Echehalt.

* Eine Reichsversammlung des „Bundess Bundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ e. V. findet zurzeit auf postalischem Wege durch die Reichsgräberfürsorge in Berlin in den größeren badischen Städten statt. Die Sammlung ist auch durch die badische Regierung genehmigt worden und dürfte manchen herablassen, sein Scherlein dazu beizutragen, die Gräber für die deutschen Gefallenen in würdigem Zustande zu erhalten. Die Spenden können außer unmittelbar an die Zentralstelle in Berlin auch auf das Postfachkonto des Landesverbandes Baden, Karlsruhe 26 929, überwiesen werden.

Die Kosten der Lebenshaltung in Karlsruhe.

(Mitgeteilt vom städtischen Statistischen Amt.)

Bald nach Kriegsende, als die Lebenshaltung merklich teurer zu werden begann, entstand das Bedürfnis, den Umfang der Feuerung regelmäßig messen und zahlenmäßig einwandfrei zum Ausdruck bringen zu können. Einige Messungsversuche tauchten auf. Waren sie schon ihrer Methode wegen, bald mehr bald weniger, zu beanstanden, so konnten sie sich vor allem deshalb nicht durchsetzen, weil bei ihnen die Möglichkeit des interlokalen Vergleichs viel zu wenig gegeben war. Gerade darauf mußte aber das Wirtschaftlichen größten Wert legen, seit die Löhne und Gehälter der Angestellten, Arbeiter und Beamten in immer größerem Umfange tariflich vereinbart werden. Deshalb drängten alle, die auf Lohn- und Gehaltstarif Einwirkung hatten, nach einem wenigstens leidlich allgemein brauchbaren Feuerungsmäßig. Endlich griff das Statistische Reichsamt ein. Seit Ende 1919 ermittelt es Feuerungszahlen und errechnet aus ihnen Indizes, die alle andern Gradmesser der Feuerung verdrängt haben, weil sie trotz ihrer Mängel methodisch einwandfreier sind, und weil ihnen das Statistische Reichsamt kraft seiner behördlichen Stellung und mit Hilfe seines Verwaltungsapparats viel größere Verbreitung verschaffen konnte. Es war also nicht schwer, diesen Ziffern nicht nur amtlicher Charakter zu geben, sondern ihnen, auch zu allgemeiner Anerkennung zu verhelfen. Die Praxis verlangt dringend nach ihnen, so daß das Statistische Reichsamt seit März 1922 sich genötigt sah, wenigstens für eine Reihe von Gemeinden (im ganzen 71) monatlich 2 Feuerungszahlen zu berechnen, für jede Monatshälfte eine. Zu diesen Gemeinden gehört auch Karlsruhe. Die 1. Feuerungszahl, die für Karlsruhe ergab berechnet wurde, war die vom Februar 1920; sie war 654. Das heißt, daß damals der Aufwand für den Teil der gesamten Lebenshaltung einer blühigen Familie, der als Gradmesser der Feuerung dienen soll, für 4 Wochen 654 M. erforderte, oder 7,08mal mehr als im Durchschnitt der Jahre 1913/14. Inzwischen sind wir, zunächst in allmählicher, seit Juli 1922 in stürmischer Steigerung, bei dem 3863fachen im Durchschnitt des Monats Mai 1923 angelangt, in dessen 2. Hälfte die Feuerung bereits das 4366fache des Friedensaufwands erreicht hatte. In der 2. Hälfte des Mai stieg die Feuerungszahl gegenüber der 1. Hälfte um 98 500 oder um 30 Prozent und im Durchschnitt des ganzen Monats gegenüber April um 87 500 oder um 32 Prozent. So gewaltig diese Steigerungen auch sind, sie reichen doch nicht an die Zunahme der Feuerung im Februar gegenüber Januar 1923 heran. Damals ging die Feuerungszahl um 140 000 oder 141 Prozent in die Höhe. In den beiden folgenden Monaten betrug die Zunahme, vor allem dank der Devisenpolitik der Regierung, nur 6 und 7 Prozent. Um die Grade der Feuerung gebietsweise für's ganze Reich festzustellen, hat das Statistische Reichsamt unter Nichtberück-

Badisches Landestheater.

Dienstag, 12. Juni, 7 b. g. 10 Uhr. Sp. I. Abt. 8000 M. Abonn. B 21. Th.-Gem. B. V. B. Nr. 3601-3900.

Amelia oder ein Maskenball

Wir suchen zu alsbaldigem Eintritt einen gewandten jüngeren B.543

Buchhalter

und erbitten sofortige Offerten mit Zeugnissen und Gehaltsansprüchen. Sparkasse Böhrenbach.

Heirat!

Sache für m. Schwester - sehr gebildet, häusl. erzogen, m. sehr gut. Aussteuer, a. feim gebild. vermög. Fam. - ein. streng solid. gebildet. Lebensgefährten - höh. od. mittl. Beamten, nicht unt. 36 J. Annon. zwecklos. - Gef. Zuschr. erbet. unt. B. 541 an die Geschäftsst. d. Bl. E.531

Zichtengerbrüdenverkauf

Das Bad. Forstamt Todmoss verkauft freihändig den 1923er Anfall an Zichtengerbrüden aus den Domänenwaldungen, geschätzt zu 1400 Zentner auf dem Stod (Wahrentfernung 16-25 km). Schriftliche Angebote je Zentner ab Bad bis spätestens Montag, den 25. Juni 1923 an das Forstamt. E.531

Hunde

aller Rassen kaufen und verkaufen Sie vorteilhaft durch eine Anzeige in „Der Deutsche Jäger“, München, Wienerstr. 9. - Hunderttausende von Lesern in Stadt und Land in Südd. Beim städtischen Rechnungsbureau hier ist eine B.542

Rechnungsbeamten-Stelle

alsbald neu zu besetzen. Bewerber aus der Zahl der im Gemeindeführungswesen geprüften mittleren Beamten wollen ihre Bewerbungen binnen 2 Wochen unter Vorlegung eines Lebenslaufes und ihrer Anstellungsbedingungen schriftlich bei mir einreichen. Die Stelle ist in Besoldungsgruppe IX eingereiht. 11. Juni 1923. Der Oberbürgermeister.

Wohnungs-Beamter

(Gruppe VIII) gesucht. Stadtverwaltung Schweningen a. N.

Der Badische Waldbesitzer-Verband, Geschäftsstelle Bilsingen, Fernruf 188, hat für die Gemeinde Eppingen folgendes B.544

Eichenstammholz

zu verkaufen: 35 fm I. Kl., 32 fm II. Kl., 95 fm III. Kl., 112 fm IV. Kl., 28 fm V. Kl. Termin zur Einreichung von Geboten (nach Klassen) Dienstag, 26. Juni 1923. Bedingungen und nähere Angaben durch die Geschäftsstelle.

Das Forstamt Ranzburg verkauft freihändig gegen Bezahlung innerhalb vier Wochen aus Staatswaldungen: E.523 I. Langnugholz: 550 fm

Fichtenstämme und

Abfälle, 209 fm Forlenstämme und Abfälle, 13 fm Lärchenstämme und Abfälle, 50 fm Eichen I.-VI. Kl., 50 fm Eichen V. und VI. Kl. und einige Ahorn, Esbener, Ulmen und Kirschebäume.

II. Schichtnugholz

Pa vierholz entridel: 95 Ster I. und 72 Ster II. Kl., 3 Ster Eichenrollen I. Kl., 72 Ster Buchenrollen I., 1 Ster Buchenrollen I. und 2 Ster gemischte Rollen I. Kl. (Ahorn, Eichen, Ulme). Schriftliche Angebote für das Langnugholz in Prozenten der Landesgrundpreise u. für das Schichtnugholz je Ster werden bis 19. Juni einschließlich entgegengenommen. Losauszüge für das Langnugholz gegen 1000 Mark und Staakunft durch das Forstamt. Auktionsfrist 25. Juni 1923.

Bürgerl. Rechtspflege

Freiwillige Gerichtsbarkeit.

E.522. Breifach. Die Softe Gebhardt in Hof, Witwe des Fritz Gebhardt, vertreten durch die Badische Landwirtschaftskammer in Karlsruhe, hat beantragt, den Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Freisingen Bd. 32, Blatt 1, III. Abt. Nr. 7 auf die Grundstücke der Gemarkung Freisingen Lgd. Nr. 7416, 7417, 7555, 7557, 7695 a, 7701, 7730, 7731, 7737, 7738, 7739, 7740, 7742, 7746, 7747, 7748, 7751, 7752, 7753, 7757, 7759, 7776, 7780, 7741 eingetragenen 20 000 Mark nebst Zinsen, den angeblich verloren gegangenen ist, im Aufgebotsverfahren für kraftlos zu erklären. Das Grundbuchamt Freisingen hat den Hypothekenbrief am 11. Februar 1919 erteilt. Gläubiger ist Fritz Gebhardt, Privatmann in Hof. Schuldner ist Hermann Goppert, Betriebsleiter in Karlsruhe, jetzt die Badische Landwirtschaftskammer in Karlsruhe. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf: Freitag, den 30. November 1923, nachmittags 3 Uhr vor dem Amtsgericht Breifach anderaumten Aufgebotsstermine seine Rechte anzumelden u. die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosklärung der Urkunde erfolgen wird. Breifach, 5. Juni 1923. Das Amtsgericht.